Ziviltechniker:innen Steiermark und Kärnten

ARCHITEKTUR HAUS KÄRNTEN

KÄRNTEN University of Applied Sciences

ANTWORTEN DER PARTEIEN

„Zukunft Lebensraum Kärnten - wie soll unser Land aussehen?"

Anlässlich der Kärntner Landtagswahlen 2023 haben die Kammer der Ziviltechniker:innen, die FH Kärnten – Studiengang Architektur und das Architektur Haus Kärnten wahlwerbende Parteien eingeladen, wichtige Fragen rund um die zukünftige Gestaltung des Kärntner Lebensraums im Vorfeld der Wahl zu beantworten.

Die Spitzenkandidat:innen folgender Parteien haben Antworten gesendet:

- Peter Kaiser – Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)
- Erwin Angerer – Die Freiheitlichen in Kärnten (FPÖ)
- Martin Gruber – Kärntner Volkspartei (ÖVP)
- Gerhard Köfer – Team Kärnten (KÖFER)
- Olga Voglauer – Die Grünen Kärnten (GRÜNE)
- Janos Juvan – Neos – für Freiheit, Fortschritt und Gerechtigkeit (NEOS)
- Alexander Todor-Kostic - Vision Österreich – Landespartei Kärnten (VÖ)

Die MFG-Österreich wurde zur Befragung eingeladen, da sie aktuell nicht zu den kandidierenden Parteien zählt, wurde keine Stellungnahme übermittelt.

1) Baukultur und Raumordnung stärken

Baukultur und Raumordnung sind eng miteinander verbundene Querschnittsmaterien, die die planmäßige Gestaltung unseres Lebensraums im Interesse des Gemeinwohls zum Ziel haben müssen. Im Mittelpunkt steht dabei immer der Mensch – egal, ob in ökonomischer, ökologischer, sozialer oder gestalterischer Dimension. Zeitgemäße Architektur, Raum-, Landschafts-, und Infrastrukturplanung sowie der Städte- und Wohnbau bieten großartige Möglichkeiten, unsere Zukunft positiv zu gestalten.

Mit den Baukulturellen Leitlinien will das Land Kärnten Prozesse und Verfahren, wie fachliche Unterstützung auf Landesebene, umfassende Baukulturförderungen, interdisziplinäre Gestaltungsbeiräte, Unterstützung von Bürgerbeteiligungsprozessen im Rahmen von Ortsentwicklungskonzepten sowie die Erstellung von Qualitätsstandards voranbringen. Einige Maßnahmen wurden umgesetzt, bei vielen fehlt es noch an Budget, Kapazitäten und Mut, diese auch anzupacken.

Die Zusammenarbeit zwischen den Ressorts und Abteilungen innerhalb der Politik und Verwaltung ist entscheidend für die erfolgreiche Entwicklung von Baukultur und Raumordnung und muss weiter vertieft werden. Zu ihrer Stärkung ist zudem eine intensive interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen Expert:innen innerhalb und außerhalb der Verwaltung not-wendig, um gemeinsam Maßnahmenpakete für Baukultur, Raumplanung, Regionalentwicklung und Gemeinden zu erarbeiten. Gute Baukultur braucht qualitätsorientierte, transparente und faire Abläufe in der Vorbereitung, Planung und Umsetzung von Projekten. Im Bereich der Baukultur liegt sehr viel Verantwortung bei den Gemeinden bzw. bei den Bürgermeister:innen. Allerdings werden die Anforderungen in den Gemeinden immer komplexer. Fundierte Entscheidungen brauchen umfangreiches und aktuelles Wissen aus unter-schiedlichen Fachbereichen.

Frage 1)

Welche institutionellen Strukturen und Rahmenbedingungen braucht Ihrer Meinung nach das Land, um Baukultur und Raumordnung in den zukünftigen Regierungserklärungen und -programmen fix verankert und ressortübergreifend in Politik und Verwaltung zu etablieren und um Maßnahmen schneller umzusetzen (z.B. Gesetzesreformen, Förderungen oder eine zuständige Stelle, ähnlich, wie die Dorferneuerung in Tirol, die Abteilung für Baukultur in der Steiermark oder doch die im 4. Baukulturreport skizzierte „Agentur für Baukultur")?

SPÖ

Qualitätsvolle und nachhaltige Bauweise ist in Kärnten bereits gelebte Praxis. Kärnten wird sogar, insbesondere aus Sicht der Baukultur, sowohl national als auch international als „Best Practice" angesehen. Grund dafür ist der Umstand, dass Kärnten als erstes Bundesland in Österreich die „Baukulturellen Leitlinien" des Bundes auf Landesebene umgesetzt hat. Daraus ist auch ein Leitfaden zur Baukultur entstanden, der seitdem politischen Entscheidungsträgern, interessierten Bürgerinnen und Bürgern und den Fachkundigen als Orientierungs- und Entscheidungshilfe dient. Im Jahr 2021 wurde in Kärnten auch das Jahr der Baukultur ausgerufen, um durch „Crashkurse" in der Öffentlichkeit eine entsprechende Bewusstseinsbildung im Bereich der qualitätsvollen und nachhaltigen Raumplanung und Bauführung zu erreichen. Neben den Crashkursen zur Baukultur wurde in Kärnten auch der erste, sehr gut besuchte, Baukulturlehrgang erfolgreich abgehalten.

FPÖ
Ich bin der Meinung, dass man, bevor man wieder neue Strukturen schafft und den Verwaltungsapparat damit aufbläst, zuerst schauen sollte, ob diese notwendige Änderung bzw. Anpassung nicht innerhalb der bestehenden Strukturen umgesetzt werden kann und damit gleichzeitig der Ablaufprozess optimiert wird. Wir haben uns immer schon für eine Vereinfachung von bürokratischen Prozessen und einen Abbau von bürokratischen Hürden ausgesprochen, um gewisse Projekte schneller in die Umsetzung zu bringen und für Kärnten wichtige, nachhaltige Maßnahmen umzusetzen.

ÖVP
Die Kärnten -Koalition hat in den vergangenen fünf Jahren mehrfach bewiesen, dass sie baukulturellen Aspekte ernst nimmt und auch maßgeblich zur Bewusstseinsbildung beiträgt (Bürgerbeteiligungsprozesse, Seenkonferenz, Neues Raumordnungsgesetz, Baukulturelle Leitlinien, …). Wesentlich für die Etablierung und Umsetzung der baukulturellen Anliegen sind aber nicht zusätzliche Verwaltungsstrukturen, sondern in erster Linie die handelnden Personen. Dabei sind die Mitarbeiter in der zuständigen Fachabteilung im Amt der Kärntner Landesregierung vorbildliche Botschafter und österreichweit anerkannt. Auch in der Zusammenarbeit mit den 132 Städten und Gemeinden sind sie fundierte und wertvolle Partner. Dieses Engagement werde ich weiterhin unterstützen.

Team Kärnten
Das Team Kärnten ist davon überzeugt, dass wichtige Zukunftsthemen nur gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern entschieden und behandelt werden können. Wir bekennen uns zur Stärkung der Bürgerbeteiligung sowie zum Ausbau der Mitbestimmungsrechte der Bevölkerung und fordern, umgehend einen Bürgerrat für Kärnten einzurichten, der sich aus zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern aus unterschiedlichen demographischen und gesellschaftlichen Bereichen zusammensetzt. Der Bürgerrat soll gegenüber der Landesregierung und dem Landtag konkrete Fragen, Anregungen und Problem- bzw. Aufgabenstellungen formulieren. Weltweit befinden sich Bürger- bzw. Zukunftsräte im Vormarsch: In Staaten wie Irland, Frankreich oder Belgien werden diese Foren bereits erfolgreich durchgeführt und liefern der Politik wichtige Inputs und Konzepte. Im Zusammenhang mit der Einführung dieser Räte ist elementar, dass auch der Landtag eingebunden ist und hier ein direkter Informationsfluss hergestellt wird.

NEOS
Ein Blick über die Ländergrenzen zeigt: In Bayern sehen sich die Expertinnen und Experten und nicht die Politik als Hauptverantwortliche bei der Flächenwidmung. Statt wie bei uns die Aufsicht und Kontrolle den Gemeinden zu überlassen, behält dort die Behörde (in Deutschland: das Kreisamt) den Überblick, wann eine Widmung genehmigt werden darf und wann nicht. Das ist nicht nur wesentlich transparenter, sondern fungiert auch als wichtiger Hebel gegen Korruption und Machtmissbrauch.

Außerdem könnte der Bund durch eine neugeschaffene Bundeskompetenz "Bodenverbrauch" klare Vorgaben zum österreichweiten Bodenverbrauch schaffen und Machtmissbrauch auf lokaler Ebene verhindern.

GRÜNE
Gute Baukultur braucht eine rechtliche Absicherung im Kärntner Raumordnungsgesetz und in der Kärntner Bauordnung. Der sorglose Umgang mit unseren Böden und historisch entstandener Bauten führt nämlich dazu, dass Kärnten seine Lebensgrundlage verliert. Mit dem Versiegeln wertvoller Böden gefährden wir unsere eigene Ernährungssicherheit – denn Beton macht nicht satt.

Innerhalb der institutionellen Strukturen ist es daher jedenfalls notwendig, die Baubehörde erster Instanz auf eine höhere Ebene zu legen. Es kann nicht sein, das einzelne Bürgermeister:innen entscheiden, wie wir z. B. mit historischen Wohnanlagen umgehen und munter weiter Boden verdichten und Grünraum verlieren. Wir streben eine stärker gemeindeübergreifende Raumordnungspolitik an, die Bodenschutz und nachhaltige Regionalentwicklung mit Weitsicht betreibt und Zonierungen für Bauvorhaben vornimmt. Klimaschutz, Klimaanpassung, nachhaltige Energieversorgung und die Anbindung an den öffentlichen Verkehr müssen im Raumordnungsgesetz einen verbindlichen Stellenwert bekommen.

Vision Österreich
Raumordnung, Stadtentwicklung und Städtebau werden angesichts der fortschreitenden Landflucht in Zukunft eine immer bedeutendere Rolle spielen. Es gilt dabei dem Siedlungsdruck durch eine moderne Baukultur zu begegnen und die divergierenden Interessen zu kanalisieren. Gleichzeitig muss aber auch danach getrachtet werden, wertvolle Freiflächen weiter nachhaltig zu sichern. In rechtlicher Hinsicht braucht es vereinfachte und rasche Baubewilligungsverfahren, die alle Querschnittsmaterien vereint, wodurch auch die operative Abwicklung für die Gemeinden erleichtert und auch der Wirtschaftsstandort Österreich gestärkt wird. Aus demokratiepolitischer Sicht kann in den Bereichen Baukultur und Raumplanung nur dann hohe Akzeptanz in der Bevölkerung erzielt werden, wenn Bürgerpartizipation mit einer gewissen Mindestverbindlichkeit einerseits gesetzlich vorgesehen und andererseits in der Praxis auch glaubwürdig gelebt wird.

2) Wohnraum und Erholung für alle – trotz Tourismus

Nach wie vor schießen Chaletdörfer, Apartmentanlagen und Ferienwohnungen in den Tourismusorten Kärntens aus dem Boden. Als Gewinner:innen gehen dabei vorrangig die Investor:innen hervor, die Verlierer:innen sind vielfach die Einheimischen, die sich durch explodierende Immobilienpreise das Wohnen in der eigenen Gemeinde nicht mehr leisten können und in andere, billigere Regionen abwandern müssen. Die Schaffung von Wohn-Eigentum bleibt – insbesondere für die Jungen, aber auch viele andere - ein unerreichbares Ziel. Zudem werden viele Projekte nach wie vor an sensiblen Orten wie Seefuferzonen, in Schutzgebieten oder auch auf den Almen gebaut und der öffentliche Raum wird zunehmend privatisiert oder für touristische Nutzungen, die keinen Mehrwert für die ortsansässige Bevölkerung haben, missbraucht.

Frage 2)

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, damit sich die Entwicklung des Tourismus für die ortsansässige Bevölkerung sowohl in Bezug auf leistbaren Wohnraum sowie auf Erholungsangebote für Einheimische positiv auswirkt?

SPÖ
Das neue Kärntner Raumordnungsgesetz (K-ROG) hat durch die Schaffung neuer Sonderwidmungen bereits sichergestellt, dass eine echte touristische Nutzung in Tourismusregionen ermöglicht und nachhaltig abgesichert wird. Damit wurde den Verkaufsmodellen von Investoren, die in Wahrheit nicht an einer echten touristischen Nutzung interessiert sind, sondern lediglich an der Schaffung von weiteren Zweitwohnsitzburgen unter dem touristischen Deckmantel für Wohlhabende, in unseren sensiblen Berg- und Seeregionen, effektiv ein Riegel vorgeschoben. Das belegen mittlerweile auch die Zahlen. Im Jahr 2022 wurde nämlich unter Anwendung des neuen ROG kein einziges Chalet- bzw. Hüttendorf für den Abverkauf an Einzelne bewilligt. Auch die Ausweisung von Flächen für reine

Zweitwohnsitznutzungen sind im Vergleich zum Vorjahr um ganze 94 % gesunken. Darüber hinaus wurde unter Beteiligung von führenden Kärntner Notariatskanzleien ein wasserdichtes Vertragsmuster entworfen, das die touristische Nutzung von Hotelbetrieben bestmöglich absichert. Dieses Muster steht den Gemeinden bereits seit einem Jahr kostenfrei zur Verfügung. Abschließend ist anzuführen, dass im neuen ROG auch der freie Zugang zu Seen und sonstigen Naturschönheiten ausdrücklich festgehalten wurde und für unsere sensiblen Seeregionen der Seenratgeber erstellt wurde, der den Betroffenen als Orientierungs- und Entscheidungshilfe dient.

FPÖ

Gerade in den ländlichen Regionen ist es wichtig, den gemeinnützigen Wohnbau zu forcieren und günstigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen, damit die Abwanderung in den Zentralraum und in andere Bundesländer gestoppt wird. Aus dem Wohnbauförderungsprogramm von 2018 bis 2021 wurden aufgrund der verfehlten SPÖ-Wohnbaupolitik 621 Wohneinheiten in Kärnten bis heute nicht gebaut – damit fehlen über 1.000 Wohnungen. Die Folge des Wohnungsmangels ist ein massiver Anstieg bei den Wohnkosten. Es braucht eine radikale und sofortige Kehrtwende in der Kärntner Wohnbaupolitik. Was für den Privaten gilt, muss auch für die Wohnbauträger gelten. Eine Zusage aus der Wohnbauförderung darf es nur mehr für bereits genehmigte Bauvorhaben geben. Sollte das Vorhaben nicht innerhalb von 24 Monaten umgesetzt oder zumindest damit begonnen worden sein, verfällt die Zusage automatisch und wird auf andere Wohnbauprojekte umgeschichtet.
Die Raumplanung in Kärnten muss zudem durch Flächensicherung – sprich den Ankauf von Flächen durch die öffentliche Hand – erfolgen. Hierbei soll Raumplanung als Lebensraumplanung verstanden werden, indem wir uns auf die strategische Sicherung von Großflächen konzentrieren.

ÖVP

In der Vergangenheit wurde zu viel zugelassen. Deshalb sehe ich gemeinsam mit Tourismuslandesrat Sebastian Schuschnig ganz genau hin. Wir brauchen keine kalten Betten in Kärnten, deshalb müssen Investitionen klar in dem Tourismus zugutekommen. Er darf kein Feigenblatt für Betongold sein. Außerdem wird mit mir kein Quadratmeter Seegrund verkauft. Kommt es zu Verpachtungen, muss der öffentliche Zugang gewahrt bleiben, und Investitionen in die Erholungsgebiete müssen diese auch für die Bevölkerung weiterentwickeln und einen Mehrwert bieten.

Team Kärnten

Touristische Einrichtungen werden heute auch immer mehr von Einheimischen genutzt, die beispielsweise in ortsansässige Hotels essen gehen oder tageweise Wellness- und Spa-Angebote nutzen. Vom früher üblichen Begriff „Fremdenverkehr" ist man daher abgekommen und sieht den Tourismus als Angebot für Touristen wie auch für die lokale Bevölkerung. Grundsätzlich muss es in Zukunft darum gehen, dass ein maßvoller Ausgleich zwischen öffentlichen, wirtschaftlichen und touristischen Interessen gewährleistet wird. Dieser ist von erheblicher Bedeutung. Es gilt, eine qualitativ sinnvolle und nachhaltige touristische Weiterentwicklung zu ermöglichen und nicht zu verhindern. Alle berechtigten Meinungen und Haltungen sowie Interessen müssen unter einen Hut gebracht werden: Das ist die Aufgabe einer verantwortungsbewussten Politik. Pauschal etwas zu verhindern, lehnen wir ab. Ganz essenziell ist, dass die Anzahl an freien Seezugängen für die Zukunft gesichert bzw. weiter ausgedehnt wird.

NEOS

Einerseits ist die Bundesregierung nach wie vor säumig ein Konzept der gewerblichen Tourismusförderung vorzulegen; andererseits hat man es auf Bundesebene unterlassen entsprechend politisch auf Überkapazitäten zu reagieren.

Deswegen braucht es speziell auf Landesebene einen Plan, um die Nachnutzung von Hotel- und Tourismusbetrieben zu ermöglichen. Hier bedarf es innovative Lösungen, um Leerstand optimal zu nutzen und dadurch leistbaren Wohnraum zu schaffen. Wir brauchen hier Nutzungsänderungen, ein Hotel soll nicht nur ein Hotel sein dürfen. Möglich ist etwa eine Adaptierung zu Alters- und Pflegeheimen und Betriebskindergärten oder ein Umbau in Wohnhäuser.
Tourismus muss insbesondere in Zeiten des Klimawandels neu gedacht werden und auch in die raumordnungspolitischen Vorhaben integriert werden. Mit dieser Art des Flächenmanagements steuert das Land Kärnten positiv den Leerständen und sinkenden Frequenzen in den Ortskernen entgegen.

GRÜNE
Kärnten braucht eine landesweite verpflichtende Zweitwohnsitzabgabe. Weitere Kalten Betten und Chaletdörfer dürfen einfach nicht mehr sein. Nachhaltiger und sanfter Tourismus kann den angeführten Entwicklungen entgegenwirken: So stehen sich Klimaschutz, Unternehmer:innentum Tourismus und eine lebenswerte Region nicht im Weg, sondern gehen Hand in Hand. Der Tourismus stellt in Kärnten einen großen Wirtschaftsfaktor dar und sichert zehntausende Arbeitsplätze. Deshalb setzen wir auf Tourismusprojekte, die wirtschaftliche Chancen und befriedigende Arbeitsplätze eröffnen, Naturräume und Ressourcen schonen und eine klimaneutrale Mobilität fördern. Vor dem Hintergrund der Klimaerhitzung werden wir einfach Alternativen zum klassischen Wintertourismus entwickeln. Statt überdimensionierter Infrastrukturprojekte fördern wir einen Ganzjahrestourismus, der einerseits regionale Produkte und Dienstleistungen in den Fokus nimmt und andererseits auch Angebote für die ortsansässigen Menschen schafft.

Vision Österreich
Der Ausbeutung der Landschaft durch intensive Verbauung - wie in der Fragestellung angeführt - ist entschieden entgegenzutreten. Der Erhalt noch unverbauter Gebiete und (Bau-) Flächen ist mit planungsrechtlichen Maßnahmen sicherzustellen. Nach unseren Vorstellungen soll überdies der Verkauf von Liegenschaften, welche sich im Eigentum von Gemeinden, Länder, Bund oder öffentlichen Gesellschaften bzw. Vereinen befinden, grundsätzlich nicht mehr oder nur ausnahmsweise zulässig sein. Dazu könnte die rechtliche Möglichkeit geschaffen werden, diverse noch im Eigentum der öffentlichen Hand stehende Liegenschaften, die für die ortsansässige Bevölkerung von Interesse sind (beispielsweise zu Erholungs- und Wohnzwecken), durch eine freie Finanzierungsform (z. B. Crowdfunding) priorisiert zu erwerben. Diese Liegenschaften könnten in eine zu schaffende Stiftung (z. B. Stiftung für Kärnten oder Stiftung für Region xy) eingebracht werden. Der Nutzen dieser prioritär gesicherten Flächen soll mit konkreter Widmung (z. B. Wohnen, Erholung) immerwährend öffentlich bleiben. Nach dem Zweck dieser Stiftung würde der ideelle Wert dieser Liegenschaften gesichert und deren Ausverkauf trotz hoher Geldwertigkeit im Interesse der Allgemeinheit verhindert werden. Nähere Details müssten dazu natürlich noch diskutiert und festgelegt werden.

3) Belebung und Stärkung bestehender Ortskerne

Kärnten braucht lebendige urbane Zentren und einen starken ländlichen Raum, der trotz aller Wanderungsbewegungen in Städte eine sichere Zukunft hat. In den Baukulturellen Leitlinien Kärntens bekennt sich das Land dazu, die Sanierung in Orts- und Stadtkernen zu fördern und dort kompakt bauen zu wollen, wo bereits Gebautes ist. Weiters soll Leerstand aktiviert und qualitätsvoll nachverdichtet werden. Dabei soll auf die historisch gewachsene angrenzende Bebauung ebenso geachtet werden wie auf den öffentlichen Raum und nachhaltige Mobilitätslösungen sowie Freiraumplanung.

Frage 3)

Was werden Sie konkret tun, um Gemeinden dabei zu unterstützen, Ortskerne zu stärken und zu beleben? Welchen Zeitplan sehen Sie für Ihre Handlungsweise vor?

SPÖ
Das neue ROG bildet die perfekte Grundlage für eine erfolgreiche Baulandmobilisierung und Leerstandaktivierung, sowie für eine effiziente Belebung der Orts- und Stadtkerne. Das lässt sich auch beziffern: Im Jahr 2022 wurde nämlich unter Anwendung des neuen ROG um sagenhafte 270 % mehr Bauland mobilisiert als im Jahr davor. Das entspricht in etwa einer Größe von 30 Fußballfeldern. Ebenfalls wurden Einkaufszentren (EKZ) in der grünen Wiese am Orts- und Stadtrand de facto verboten. Im Jahr 2022 wurde daher auch kein einziges EKZ außerhalb von Orts- und Stadtkernen genehmigt. EKZ sind nunmehr nur noch in den bestimmten Orts- und Stadtkernen zulässig, was wiederum einen positiven Einfluss auf die erforderliche Orts- und Stadtkernbelebung hat. Deshalb wurde auch unmittelbar nach in Kraft treten des neuen ROG, die entsprechende Durchführungsverordnung zur Festlegung der Orts- und Stadtkerne erlassen. Ebenfalls befindet sich zurzeit ein Tool zur Baulandmobilisierung und Leerstandaktivierung in Ausarbeitung, das nach Abschluss den jeweiligen Entscheidungsträgern in Form eines Leitfadens zur Verfügung gestellt wird.

FPÖ
Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass das neue Raumordnungsgesetz in Kärnten der Stärkung der Ortskerne zum Teil widerspricht. Auf der einen Seite wird immer wieder verlangt, dass Gemeinden Freiräume nutzen, auf der anderen Seite verhindert man es dadurch, dass beispielsweise die bauliche Ausnutzung von Flächen sehr eingeschränkt wird. Außerdem muss man bei Ortskernen und unseren dörflichen Strukturen auch immer darauf achten, was ein Dorf ausmacht und letztendlich auch lebenswert macht. Für mich gehören zu einem Dorf eine Kirche, ein Bauer, ein Einzelhändler, ein Handwerksbetrieb, ein Gasthaus und ein Obstgarten. Darin spiegelt sich die gemischte Nutzung eines Ortskerns wider, die ihren Platz braucht. Rundherum muss dann eine dörfliche Entwicklung möglich sein. Dafür müssen Möglichkeiten eröffnet und eine gewisse Flexibilität zugelassen werden. Wenn man schon von vorneherein mit zu vielen Auflagen und Zwängen einschränkt, wird weder eine dörfliche Entwicklung funktionieren, noch können die Ortskerne gestärkt und belebt werden.

ÖVP
Das neue Kärntner Raumordnungsgesetz hat das klare Ziel der Zersiedelung entgegenzuwirken und Ortszentren lebendig zu halten. Deshalb dürfen etwa keine Einkaufszentren an den Rändern von Orten mehr gewidmet werden – neue sollen zur Belebung der Zentren beitragen. Außerdem soll in Gemeinden bereits gewidmetes Bauland mobilisiert werden, bevor es zu neuen Widmungen kommt. Gleiches gilt für Leerstände in Ortszentren. Dies alles soll zu einer verdichteten Bauweise in den Kärntner Gemeinden beitragen. Das Gesetz ist mittlerweile ein Jahr in Kraft und zeigt erste Ergebnisse: 2022 wurde um 47 Prozent weniger Grünland in Bauland umgewidmet, also noch im Jahr zuvor. Das neue Raumordnungsgesetz soll alle fünf Jahre evaluiert werden.

Team Kärnten
Das Team Kärnten hat hier konkrete Ansätze, die beispielsweise von Bürgermeister Gerhard Köfer in Spittal bereits umgesetzt werden. Köfer forciert neben der Aktion „Pop-up-Stores" auch einen Leerstandskataster (Freiflächenmanagement), der Wirtschaftstreibenden und Interessierten auf Knopfdruck einen transparenten Überblick über freie Geschäftslokale und -flächen bietet. Mit diesem Kataster soll der Servicecharakter der Verwaltung gestärkt werden. Unser erklärtes Ziel ist es, mehr Leben in die Ortszentren zu bekommen. Das gelingt

auch durch lokale Veranstaltungen, die insbesondere in den Zentren stattfinden sollen, um hier für mehr Frequenz zu sorgen. Insgesamt gilt es, in den Zentren einen Themen- und Branchen-Mix zu etablieren, der für ein breites Publikum und unterschiedliche Zielgruppen ein attraktives Angebot darstellt. Die Stärkung und Entwicklung der Ortskerne sind auch unter dem Gesichtspunkt der Zersiedlung notwendig und ein permanenter Prozess, der laufend erfolgt.

NEOS

Wir denken die Raum- und Regionalplanung neu. Mit uns NEOS gibt es keine Umwidmungen im Hinterzimmer. Gleichzeitig müssen Förderungen seitens des Landes und Steuermechanismen angepasst werden, um Flächenrecycling zu begünstigen, bestehenden Altbau zu veredeln und Neubau auf der grünen Wiese zu minimieren. Gemeinden müssen bei der Umsetzung bestmöglich unterstützt werden.

Weiters ist es aus verkehrspolitischer Sicht zur Belebung von Ortskernen essentiell, dass Begegnungszonen geschaffen werden anstatt Flächen mit Parkplätzen zuzubetonieren. Um dabei für eine möglichst breite Akzeptanz auf Seiten der vor Ort lebenden Bevölkerung zu sorgen, müssen diese in die verkehrspolitischen Maßnahmen - so gut es geht - eingebunden werden.

Konzepte dafür liegen schon lange am Tisch, weswegen man hier so rasch wie möglich ins Tun kommen muss.

GRÜNE

Um Zersiedlung zu stoppen und Ortskerne zu stärken werden wir der Innenentwicklung der Orte ganz klar den Vorrang vor der Außenentwicklung geben. Wir möchten Sanierungen im Ortskern, die Nutzung der Leerstände und mehr Grün und Begegnungsräume im Zentrum stärker unterstützen und fördern als boden- und klimaschädliche Projekte der Ortsentwicklung. Entsprechende Maßnahmen zur Stärkung und Wiederbelebung der Ortskerne müssen aber jedenfalls Teil einer neuen Raumordnung sein, die so bald wie möglich in Angriff genommen werden sollte. Denn gerade hier haben wir viele Möglichkeiten in der Hand, Rahmenbedingungen zu verankern, die beispielsweise auch leistbaren Wohnraum und kurze Wege für den täglichen Bedarf schaffen, um ein attraktives Lebensumfeld in den Gemeinden zu erhalten.

Vision Österreich

Um die Landflucht einzudämmen, bedarf es dringend öffentlich-rechtlicher Maßnahmen und eine strategische Unterstützung durch die Landespolitik. Ziel sollte es sein, sowohl attraktive urbane Zentren als auch den ländlichen Raum zu stärken. Dies passiert derzeit nicht ausreichend. Sowohl die schlechte Anbindung an den öffentlichen Verkehr, als auch zu wenige attraktive Arbeitsplätze bzw. Ausbildungsmöglichkeiten und fehlende Infrastruktur fördern die Landflucht. Um beide Ziele im Fokus zu behalten, bedarf es zunächst einer genauen Analyse der Bedürfnisse unserer Bevölkerung, um darauf aufbauend konkrete Konzepte für attraktive Lebensräume inklusive eines realistischen Zeitplans zu entwickeln.

4) Mobil sein in Kärnten

Als Folge des Klimaschutzabkommens von Paris hat sich Österreich verpflichtet, seine CO2-Emissionen aus dem motorisierten Individualverkehr bis 2030 um 36 Prozent zu senken. Doch die Verknüpfung unterschiedlicher Mobilitätsformen (multimodale Mobilität), der Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel - im ländlichen Raum ergänzt durch kleinräumige, bedarfsorientierte, flexible Verkehrsangebote (Mikro-ÖV-Systeme) - lassen auf sich warten. Wer durch Kärnten reist, stellt schnell fest: Am Land kommt man ohne Auto nicht weit. Jugendliche und ältere Menschen sind jedoch oft von dieser Form der Mobilität ausgeschlossen.

Entweder sie bleiben zu Hause oder müssen mit einem schlecht ausgebauten öffentlichen Verkehr klarkommen. Der motorisierte Individualverkehr bzw. die Automobilität führt nicht nur zu einem mit parkenden Autos verstellten öffentlichen Raum, sondern auch zur Auslagerung von Nutzungen aus den Ortskernen. Fazit: Am Land braucht man halt ein Auto!

Frage 4)

Wofür steht Ihr politischer Wille und Ihr Handeln im Bereich der Mobilität?

SPÖ
Wir wissen, dass wir im Bereich Mobilität den größten Aufholbedarf haben – dies bestätigt die 2022 fertiggestellte und wissenschaftlich begleitete Klimastudie für Kärnten. Der Verkehr ist mit deutlich über 40 Prozent der größte Verursacher von CO_2-Emissionen in Kärnten. Es wurden in den letzten Jahren wesentliche Schritte beim Ausbau des öffentlichen Verkehrs gesetzt – vom attraktiven und jetzt erneut vergünstigten Kärnten-Ticket über die Abschaffung der Stadtzuschläge bis hin zum Ausbau von Verbindungen und Taktungen. Diese Anstrengungen sind weiter zu verstärken, um die Menschen in Kärnten auch in die Lage zu versetzen, auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen. Zwei Faktoren sind dabei ausschlaggebend, um die Menschen für das Umsteigen auf Öffis zu motivieren: Angebot und Tarif. Für die SPÖ gibt es daher eine klare Prioritätensetzung: 1. Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel (sowie Mikro-ÖV); 2. Erweiterung des Angebots (Taktverdichtung, vor allem zu Stoßzeiten); 3. Attraktivierung der Preise. In den Städten liegt dabei der größte CO_2-Hebel, wichtig ist, den ländlichen Raum bestmöglich einzuschließen. Wesentlich dabei sind ergänzende P&R-, Rad- und Scooter-Angebote. Die SPÖ priorisiert vor allem auch Maßnahmen als Zubringer zur baltisch-adriatischen Achse.

FPÖ
Sowohl Landes- als auch Bundesregierung haben in den letzten Jahren zu einer weiteren Ausdünnung des ländlichen Raumes durch fehlende Maßnahmen im Bereich des öffentlichen Verkehrs beigetragen. Die Schließung von Bahnhaltestellen, der mangelnde Ausbau von alternativen Verkehrsangeboten und das Beharren auf gesetzlichen Regelungen, die einer vernünftigen Grundlage entbehren, sind äußerst problematisch. Es ist zum Beispiel unverständlich, warum ein Kleinbus, der Schüler oder Kindergartenkinder befördert, keine anderen Personen mitnehmen darf. Wir haben einen Antrag im Nationalrat eingebracht, der beinhaltet, dass das Gelegenheitsverkehrsgesetz so abgeändert wird, dass flexiblere Lösungen möglich sind. Aber allein an diesem Beispiel wird deutlich, dass Lobbyismus – zum Teil von Interessensvertretungen wie der Wirtschaftskammer – politische Entscheidungen so beeinflusst, dass vernünftige Lösungen erst gar nicht zugelassen bzw. verhindert werden.
Ein weiterer Ansatz unseres Wahlprogramms ist die Einführung einer „Gratis-Jugend-Kärnten-Card". Damit könnten Jugendliche in Kärnten kostenlos am Freizeitangebot der Kärnten-Card teilnehmen und gleichzeitig die öffentlichen Verkehrsmittel – auch am Wochenende – kostenlos nutzen.

ÖVP
Noch nie wurde in Kärnten so viel in den Öffentlichen Verkehr investiert, wie in der jetzt auslaufenden Periode. Aktuell fließen über 40 Millionen Euro in den Ausbau des Öffi-Angebots. Damit Kärntnerinnen und Kärntner auf Bus und Bahn umsteigen können, braucht es passendes Angebot. Allein bei den Bussen wurde das Angebot um mehr als 25 Prozent gesteigert. Das Ziel ist es, diesen Ausbau weiter voranzutreiben. Dazu gibt es erstmals ein eigenes Budget für Radwege von sechs Millionen Euro, da das Fahrrad ein wichtiger Teil von klimaschonender Mobilität ist. Wir machen Kärnten auch zu Wasserstoff-Modell-Region – die ersten Busse, die mit grünem Wasserstoff betrieben werden, sind bereits im Einsatz. Klar ist allerdings auch, dass wir aufgrund der Geographie das Auto nicht aus Kärnten verdammen dürfen. Wir brauchen sichere und zeitgemäße Straßen, deshalb investieren wir 40 Millionen Euro im Jahr.

Team Kärnten

Dem Team Kärnten geht es darum, dass jeder so unterwegs sein kann, wie er das auch möchte. Eine Umerziehung weg vom Auto lehnen wir kategorisch ab, ebenso wie den E-Auto-Zwang. Aufgrund der geographischen Lage Kärntens sind die Bürger auf ihren fahrbaren Untersatz angewiesen. Das Öffi-Angebot ist vor allem abseits des Zentralraums nicht attraktiv und stellt keinen adäquaten Ersatz zum Auto dar. Fakt ist, dass nur das eigene Auto sicherstellen kann, dass man zu jeder Tages- und Nachtzeit von A nach B kommt. Auch aufgrund der sich stark verändernden Arbeitswelt ist das Auto ein unerlässlicher Partner. Der ländliche Raum würde ohne Auto ebenso weiter geschwächt werden, denn dieser ist nur dann lebenswert, wenn man dort hin und auch wieder wegkommt. Der Ausbau der Öffis ist jedenfalls wichtig, aber er darf nicht zulasten der Autofahrer gehen. Nur das Auto stellt zu jeder Zeit ein Grundrecht auf Mobilität sicher. Die individuelle Freiheit ist eines der höchsten Güter unserer Gesellschaft.

NEOS

Wir NEOS wollen Kärnten zu einem Vorbild für saubere Mobilität machen, denken dabei Mobilität aber aus der Perspektive des Menschen und nicht des Fortbewegungsmittels. Unser politisches Ziel ist es, dass 80 % der Kärntnerinnen und Kärntnern mit entsprechend getakteten öffentlichen Verkehrsmitteln und Mikro-Lösungen sowie dem Rad auf dem flächendeckend ausgebauten Radwegnetz samt Radhighways in 30 Minuten ihren Arbeitsplatz erreichen können.

GRÜNE

Die gesamte Mobilität befindet sich gerade im Umbruch. Wir spüren das durch den Ausbau der Elektromobilität und durch eine steigende Nachfrage im öffentlichen Verkehr. Und hier setzten wir Grüne an. Unser Fokus liegt nun am massiven Ausbau des Angebots und der Taktung von Bus, Zug und Ruftaxis. Auch der Ausbau von Infrastruktur für die E-Mobilität muss schneller vorangehen. Die neue Koralmbahn bringt enorme Chancen für unser Bundesland – sie gehört optimal in den Regionalverkehr integriert. Damit der Umstieg unkompliziert möglich ist, soll jede Ortschaft gut angebunden und im 30-Minuten-Takt erreichbar sein. Das Kärnten Ticket macht unsere Mobilität langfristig leistbar. Und das gehört weiter ausgebaut. Zukünftig wird das Radfahren eine wesentlich wichtigere Rolle in unserem Alltag spielen als heute. Dafür brauchen wir ein Radwegenetz für das Alltagsradeln. Hier gilt es das Budget für die Radinfrastruktur zu verzehnfachen. Die derzeit rund 2 Mio. Euro jährlich sind wirklich beschämend für unser Land.

Vision Österreich

Im Vordergrund steht der Bewohner mit seinen Bedürfnissen. Das kritiklose Übernehmen von idealistischen Vereinbarungen und deren Zahlen sowie Zeiträume war und ist nicht zielführend. Isolierte Maßnahmen, die der einheimischen Bevölkerung das Leben erschweren (wie z.B. Verbote, Verteuerungen, Behinderungen) und deren persönliche Freiheit unter Vorgabe des Klimaschutzes einzuschränken, erscheinen nicht zielführend. CO_2-Reduktion im mobilisierten Individualverkehr passiert auf Grund technischer Weiterentwicklung im Automobilbau und durch die stetige Erneuerung der Fahrzeuge, die mit moderner Technik ausgestattet sind. Eine politisch diktierte gesellschaftliche Umerziehung ohne konkrete wissenschaftliche Nachweise erscheint aus unserer Sicht sehr problematisch. Das Verstellen des öffentlichen Raumes durch abgestellte Fahrzeuge ist vielfach auf eine Fehlleistung von Raum- und Stadtplanung in Kombination mit fehlenden politischen Konzepten zurückzuführen. Verbieten und verdrängen von individueller Automobilität sind so lange keine zufriedenstellenden Lösungen, solange keine attraktive Ersatzmobilität von öffentlicher Seite angeboten wird.

5) Klimaschutz und Energiewende in Kärnten?

Umdenken in der Bauwirtschaft Der Gebäudesektor ist für einen wesentlichen Anteil am Energieverbrauch und an CO_2-Emissionen verantwortlich und spielt somit eine zentrale Rolle auf dem Weg zu einem klimaneutralen Österreich. Laut einem UNO-Bericht liegt die Bau- und Gebäudewirtschaft beim Treibhausgasausstoß auf Rekordniveau. Der Sektor verursacht 38 % der globalen CO_2-Emissionen. Der Großteil des Verbrauchs an mineralischen Rohstoffen, nämlich rund 80 %, sind der Bauwirtschaft zuzurechnen. Neben dem hohen Ressourcenverbrauch verursacht die Bauwirtschaft aber auch fast zwei Drittel des österreichischen Abfallaufkommens. Allein hier wird klar, wie wichtig es ist, zukünftig nur mehr kreislauffähige Gebäude zu errichten und den Abriss prinzipiell kritisch zu hinterfragen. Eine Sanierung ist jedem Neubau, selbst dem von Passivhäusern, vorzuziehen. Wertvolle und knapper werdende Ressourcen werden bei Abriss verschwendet und bei Neubau verbraucht. Von der notwendigen „Umbaukultur", die dem Bauen im Bestand Vorrang gegenüber dem Neubau einräumt, ist in Kärnten noch nicht viel zu spüren.

Frage 5a)

Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um künftig Abriss und Ersatzneubau zu verhindern und zu einer klima- und ressourcenschonenden Bauwende beizutragen?

SPÖ
Wir haben bereits in der ablaufenden Regierungsperiode notwendige Weichen in diese Richtung gestellt. Ob Wohnbau, Schulbau oder im Bereich der Verwaltungsgebäude, überall gilt: Bevor neu gebaut wird, wird, wenn technisch möglich, Altbestand saniert, Leerstand aktiviert oder Bestand vergrößert – damit halten wir die Neuversiegelung hintan, mindern den Bodenbedarf und verbrauchen weniger Ressourcen. So wurden etwa seit 2018 knapp 4.000 gemeinnützige Wohnungen in Kärnten saniert. Auch das neue Raumordnungsgesetz gibt klare Richtlinien vor, um leerstehende Gebäude zu aktivieren und gewachsene Ortskerne zu stärken. Hier möchten wir noch einen Schritt weitergehen, eine Leerstandsabgabe ist kein Tabu. Schwierig wird es dann, wenn ältere Gebäude in ihrer Struktur zu weit von den aktuellen OIB-Richtlinien weg sind. Im Sinne des Klimaschutzes werden wir uns überlegen müssen, ob und wo wir Vorschriften, die für heutige Neubauten gelten, bei Sanierungen von Bestandsbauten flexibler auslegen können. Dazu möchten wir uns gemeinsam mit Expertinnen und Experten neue Lösungen überlegen.

FPÖ
Die primäre Aufgabe der Politik kann es nicht sein, etwas zu verhindern. Alles verhindern bzw. verbieten zu wollen, ist aus meiner Sicht der falsche Zugang. Pauschallösungen sind oft nicht möglich oder sinnvoll, da auch die Situationen unterschiedlich sind. So macht es bei einigen Objekten keinen Sinn, zu sanieren und wieder aufzubauen, bei anderen wiederum schon. Im Altlastensanierungsgesetz beispielsweise ist geregelt, dass man für das Material, das bei einem Umbau oder Abriss entsteht, Entsorgungskosten zahlen muss. Diese Regelung und die daraus resultierenden Kosten sind ein wesentlicher Faktor dafür, dass der Neubau auf der grünen Wiese in der Regel günstiger ist, als Bauen im Bestand. Wenn man das ändern will, wird man Maßnahmen ergreifen und bestimmte Regelungen ändern müssen.
Nachhaltiges Bauen ist durchaus wichtig und sinnvoll, an einigen Stellen jedoch durchaus kritisch zu hinterfragen. Ist beispielsweise ein Niedrigenergiehaus der Weisheit letzter Schluss, wenn es so dicht gemacht wird, dass man deshalb wieder eine eigene kontrollierte Wohnraumbelüftung braucht? Deshalb: alles mit Maß und Ziel.

ÖVP

Substanz zu erhalten und innovativ weiterzuentwickeln, soll immer die Maxime, aber nicht die generelle Pflicht sein. Ist die Bausubstanz beispielsweise in einem baufälligen Zustand oder sind Gebäude mit Schadstoffen belastetet, bleibt oft nur der Abriss. Ähnlich verhält es sich, wenn bei barrierefreien oder altersgerechten Umbauten massiv in die bestehende Statik eingegriffen werden muss. Zudem muss Platz für innovative Entwicklungen am Bausektor sein und natürliche und regional nachwachsende Bau- und Dämmstoffe wie Holz, Lehm oder Stroh verstärkt zum Einsatz kommen. Sie haben eine deutlich bessere Klimabilanz und binden sogar dauerhaft CO_2.

Wo es jedoch ökologisch und ökonomisch sinnvoll ist, soll eine Sanierung bevorzugt werden. Vor allem dann, wenn die Bausubstanz intakt sowie die Raumaufteilung für die Nachnutzung geeignet ist. Wurde in ein Gebäude schon laufend investiert und besteht ein geringer energetischer Verbesserungsbedarf, ist eine Sanierung ebenfalls die bessere Wahl. Auch die für eine Haussanierung attraktiven Wohnbaufördermittel können ein Argument für den Substanzerhalt sein.

Insgesamt soll unter Berücksichtigung der individuellen Ausgangslage das Prinzip der Erhaltungsprüfung gelten und Teil der Abwägung und Unterstützung der Bauwende sein

Team Kärnten

In Gemeinden, wo das Team Kärnten bereits politische Verantwortung innehat, werden klima- und ressourcenschonende Projekte forciert und Sanierungen angegangen. Team Kärnten-Chef Köfer hat für Spittal veranlasst, dass gleich bei mehreren Gemeindewohnhäusern große Sanierungsmaßnahmen durchgeführt werden. Im Detail erhalten Wohnblöcke eine moderne Zentralheizung sowie einen Fernwärmeanschluss und zudem werden thermische Sanierungen vorgenommen. Mit diesen Maßnahmen soll nicht nur die Wohn- und Lebensqualität der Mieter verbessert, sondern auch ein wichtiger Beitrag zum Umweltschutz geleistet werden. Gerade das Thema Nachhaltigkeit und Umweltschutz nimmt für das Team Kärnten einen hohen Stellenwert ein. Klima-, Umwelt- und Naturschutz und Wirtschaft funktionieren nur gemeinsam. Deshalb ist es notwendig, dass die Wirtschaft technologieoffen bleibt und moderne, ressourcenschonende Maßnahmen unterstützt werden. Hier spielt auch die betriebliche Forschung eine entscheidende Rolle.

NEOS

Jeden Tag verbrauchen wir in Österreich Boden im Umfang von knapp 13 Fußballfeldern – für Gebäude, Parkplätze oder Straßen. Dabei erfüllen freie Flächen und ein intakter Boden für uns alle ganz wesentliche Funktionen. Um endlich den Flächenfraß zu stoppen, müssen wir über die bestehenden Probleme mit Raumordnung und Widmungskompetenzen sprechen. Denn Raumordnung und Flächennutzung können nicht länger ausschließlich in den Gemeinden und auf Länderebene entschieden werden. Es braucht mehr Transparenz, Kontrolle und einen bundesweiten Rahmen!

GRÜNE

Dazu braucht es dringend entsprechende gesetzliche Verankerungen im Kärntner Raumordnungsgesetz und der Kärntner Bauordnung. Zielbestimmungen reichen nicht aus! Unser Ansatz ist es, klimafreundliche Maßnahmen, wie die Gebäudesanierung eine ist, zu fördern und klimaschädliche Landesförderungen abzubauen. Die Wohnbauförderung gehört auf neue Beine gestellt und die Grundsätze der Kreislaufwirtschaft sind ebenfalls in den Fördermodalitäten zu verankern und haben ein klimagerechtes Maßnahmenbündel bestehend u.a. aus Sanierungsoffensive, Heizungstausch und Dekarbonisierungsstrategie zu enthalten. In weiterer Folge bedeutet klimagerechtes Bauen für uns den Einsatz ökologischer Baustoffe in der regionalen Bauwirtschaft zu unterstützen, den Holzbau zu stärken und die Entwicklung und den Einsatz von Recyclingmaterial und umweltfreundlichen Baustoffen zu fördern. Bei öffentlichen Gebäuden gilt es mit gutem Vorbild voranzugehen.

Vision Österreich
Den wissenschaftlichen Diskurs zur These des menschengemachten Klimawandels (Anthropogenic Global Warming (AGW)) vertreten wir im Sinne einer ergebnisoffenen Lösungsfindung. Diese Diskussion sollte breit stattfinden, in der auch anderslautende Thesen vertreten und miteinander ins Verhältnis gesetzt werden. Wir verstehen uns als Umweltschützer und wollen einen schonenden Umgang mit den Ressourcen.
Diese Frage muss im individuellen Fall jeweils neu gestellt und von vielen verschiedenen Blickwinkeln betrachtet werden, denn Sanieren ist nicht zwangsläufig umweltfreundlicher, als neu zu bauen. Die Entscheidung zu sanieren, bedeutet auch teilweise abzureißen, zu entsorgen und neu zu ergänzen. Neu bauen ist in manchen Fällen die umweltfreundlichere Maßnahme. Wir stehen vor der Herausforderung zwischen einem Schutz und dem Eingriff in die Umwelt und möchten „den größtmöglichen Ausgleich schaffen". Wir wünschen uns ein Vereinfachen der Normen und Verordnungen, anstatt diese mit neuen Auflagen zu ergänzen. Denn die Forderung nach CO_2-Einsparung in der Bauwirtschaft ist zum jetzigen Zeitpunkt hinsichtlich den gültigen Bautechnikverordnungen, Bauvorschriften und Normen nicht machbar, da gerade diese eine Zunahme an Eingriffen vorschreiben.
Wir brauchen eine ressourcenschonende Bauwende, im Sinne der Wiederverwendung von Bauteilen und verbessertes Recycling von Baustoffen. Wir sind nicht der Meinung, dass man ausschließlich in die Höhe bauen soll, um CO_2-Einsparungen messbar zu machen - dies darf nicht allein das Maß aller Dinge sein. Es muss eine Umsetzung einer umweltschonenden, alternativen Bauweise in allen Arten von Architektur stattfinden, gekoppelt an technische Veränderungen um die Energiebilanz zu verbessern.

Energiewirtschaft

Bei Fragen des Energiemanagements werden die Möglichkeiten nur sehr spärlich ausgenutzt. Im Hinblick auf den Energiemasterplan hinkt Kärnten den eigenen Zielvorgaben in vielen Bereichen hinterher. Klare Pläne für den Ausbau alternativer Energieformen, wie PV und Windstromanlagen, eine höhere Sanierungsrate und Solarthermieanlagen auf Bestandsbauten sind unumgänglich, um die Energiewende voranzutreiben. Auch Themen der Energieraumplanung, mit der Gemeinden ihre Energie- und Klimazukunft nachhaltig positiv gestalten können, sind bisher fast flächendeckend unbeachtet. Dabei kann die Energie-raumplanung einen wertvollen Beitrag leisten, um den enormen Flächenverbrauch zu reduzieren, Energie zu sparen, Kosten zu senken und den CO_2 Ausstoß zu reduzieren.

Nimmt man die Verantwortung ernst, unseren Nachkommen keine Altlasten, sondern Kapital für einen zukunftsfähigen Lebensraum zu hinterlassen, muss jetzt gehandelt werden. Den Herausforderungen, der anthropogenen Erderwärmung entgegenzuwirken und knapper werdende Ressourcen so einzusetzen, damit

Frage 5b)

Mit welchen Lösungen oder Reformen tragen Sie zur klimagerechten, ökologischen und sozial nachhaltigen Entwicklung Kärntens und der Energiewende bei? Was werden Sie tun, damit wir unseren Enkelgenerationen einen zukunftsfitten Lebensraum hinterlassen?

SPÖ
Die SPÖ steht für ehrliche, soziale verträgliche Klimapolitik und hat klare Pläne, um die Energiewende voranzutreiben, allerdings gehen diese über den bloßen Erneuerbaren-Ausbau (Energie-Mix) weit hinaus. Wir haben ein klares Ziel – Klimaneutralität 2040 – vor Augen und arbeiten im Rahmen der Klima-Agenda mit der Klimastudie und in weiterer Folge mit der Klimastrategie, aber auch mit dem eMap auf fundierter wissenschaftlicher Basis. All diese Strategien werden ständig evaluiert und nachgeschärft. So wurde bereits eine

Visionsarbeitsgruppe zum eMap installiert, die an einer Schärfung von Potentialen im Energiebereich arbeitet. Oberste Prämisse ist dabei die soziale Verträglichkeit, die Kärntnerinnen und Kärntner müssen Teil der Lösung sein und sich Maßnahmen auch leisten können. Im Erneuerbaren-Ausbau schaffen wir durch treffsichere Förderungen Anreize (z. B. für die Heizungsumstellung, PV-Anlagen etc.). Damit muss aber auch eine Ausbau-Offensive der Netz-Infrastruktur einhergehen, wozu ein Strom-Netzinfrastrukturplan für Kärnten erstellt werden soll. Ebenso wichtig wie der Ausbau von Erneuerbaren und Stromnetz ist die Steigerung der Energieeffizienz als Voraussetzung für alle anderen Maßnahmen (Effizienzberatungen für Betriebe und Private). Durch unsere PV-Prioritätensetzung (auf und an Gebäuden, auf versiegelten Flächen VOR der Freifläche) wollen wir gleichzeitig verhindern, dass noch mehr Boden verbraucht bzw. versiegelt wird. Es gibt bereits Förderungen für Energieraumplanung im Zuge der Neuerstellung des ÖEK, was weiter ausgebaut werden soll. Die SPÖ setzt sich für eine sozial gerechte Energiewende und für einen chancengleichen Weg aus der Klimakrise ein!

FPÖ

Man sollte Kärnten nicht schlechter darstellen, als es ist. Kärnten gewinnt 100 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien – allem voran aus Wasserkraft und Biomasse. Diese bereits genutzten Ressourcen könnten mithilfe technischer Lösungen, die wir hierzu brauchen werden, weiter ausgebaut werden. Zudem sollten wir auf die Sonne als Energieressource setzen. Die Kraft der Sonne muss endlich ausgeschöpft und eine Photovoltaik-Offensive gestartet werden. Kärnten hat hier großen Aufholbedarf, nur ein Prozent der öffentlichen Gebäude ist derzeit mit PV-Anlagen ausgestattet. Die Qualität des Stromnetzes ist derart schlecht, dass viele Kärntner ihren produzierten PV-Strom gar nicht einspeisen können. Bayern produziert derzeit schon 20 Prozent der Energie mittels Sonnenstrom, Kärnten rund ein Prozent.
Da rund ein Drittel der Energie vom Verkehr gebraucht wird, ist die Forschung im Bereich synthetischer Treibstoffe, E-Fuels und anderer CO_2-neutraler Treibstoffe zu forcieren. Diese können eine Alternative für die Zukunft sein, denn reine E-Mobilität wird es nicht sein. Wichtig ist – welche politischen Maßnahmen auch ergriffen werden, diese müssen immer sozial und wirtschaftlich verträglich sein.

ÖVP

Im Landtag haben wir als ÖVP in dieser Periode deutlich mehr als 20 Anträge zum Ausbau von Erneuerbarer Energie in Kärnten eingebracht – allem Voran hat unser Bundesland noch enorme ungenutzte Potenziale in der Photovoltaik. Wir machen Druck, dass es endlich eine Ausbau-Offensive gibt. Neben Dächern – vor allem auf Gebäuden der Öffentlichen Hand – muss es auch möglich sein, zumindest bereits belastete Flächen, wie etwa Parkplätze, Autobahnauffahrten und Deponien für Sonnenstrom zu nutzen. Wir dürfen nicht warten, bis die Möglichkeiten auf Dächern ausgeschöpft sind. Ebenso braucht es den Ausbau von Kleinwasserkraft und die Steigerung der Effizienzen bei bestehenden Kraftwerken, wie eine Beschleunigung der Verfahren. Die im Bund kürzlich beschlossene UVP-Novelle gibt uns dazu die Möglichkeiten in die Hand – wir müssen sie nur nutzen. Dann geling uns die Energiewende und die regionale Produktion macht uns unabhängiger von Importen.

Team Kärnten

„In Kärnten ist in Sachen PV noch nichts passiert." Mit dieser Aussage bringt es der Sonnenstrom-Pionier Günter Grabner auf den Punkt. Unser Bundesland hinkt, was den Photovoltaikausbau betrifft, hinterher. Die Landesregierung ist in der Pflicht, endlich den Turbo in Sachen Erneuerbaren-Ausbau zu zünden. Für uns ist unverständlich, warum man dem Ausbau auf Freiflächen so vehement entgegentritt. Die reine Priorisierung von Dachflächen ist ein Fehler und bringt uns nicht weiter. Fakt ist zudem auch, dass sich viele Landwirte um die Möglichkeit, im PV-Bereich tätig zu werden, bemühen. Das Team Kärnten tritt dafür ein, dass PV-Anlagen zukünftig nicht nur auf Dächern, sondern auch auf Freiflächen entwickelt

werden können. Das Totschlagargument, dass hier Boden zerstört und versiegelt wird, ist bereits widerlegt. Es muss darum gehen, dass wir von Energieimporten unabhängiger werden. Das gelingt keinesfalls, wenn man Projekte im Bereich der Erneuerbaren torpediert.

NEOS

Wir müssen Vorreiter für alle erneuerbaren Energien werden. Mit raschen Investitionen in den richtigen Energiemix aus Wasserkraft, Windkraft, Geothermie und Photovoltaik werden wir energiesouverän und sind damit von autokratischen Staaten unabhängig. Außerdem muss es in jedem Bezirk eine erneuerbare Energiegemeinschaft geben, um die Erzeugung und Verteilung von Strom zwischen Haushalten und Gemeinden zu ermöglichen. Des Weiteren wollen wir eine digitale Plattform für jede Kärntnerin und jeden Kärntner schaffen, die veranschaulicht, was das Land in Sachen Energiemasterplan bereits geleistet hat und welche konkreten Projekte aktuell wo geplant sind und welchen Status der Umsetzung sie haben. Zudem ist es uns ein großes Anliegen, dass Umweltverträglichkeitsprüfungen für erneuerbare Energien endlich beschleunigt werden.

GRÜNE

Wir brauchen die Energiewende wie einen Bissen Brot. Wichtig ist, jetzt keine Zeit mehr zu verlieren. Kärnten ist Österreichs Sonnenland Nr. 1 und trotzdem fehlt eine adäquate Flächen-Zonierung für Sonne und Wind. Für die Energiewende brauchen wir klare Zielvorstellungen und definierte Zonen, wo die Energiewende sichtbar und wirksam werden kann. 30 Hektar für Freiflächen-PV und ein paar Windräder sind da zu wenig. Setzt Kärnten endlich seine Energiesegel, geht die Kraft sicher nicht aus! Denn klar ist: Jedes Solarpanel auf einem Hausdach und jedes Windrad ist eine Freiheitsstatue, die uns der Unabhängigkeit von Öl und Gas einen Schritt näherbringt und die Höhe der Stromrechnungen reduziert. Dafür müssen wir Kärnten bis 2030 energieautark machen – das schafft dann Chancengleichheit, weil das Leben in unserer schönen Heimat leistbar bleibt. Die Energiekrise hinter uns zu lassen heißt, den Kindern und jungen Menschen Perspektive, und uns allen Sicherheit zu geben.

Vision Österreich

Wir stehen für die Umsetzung von möglichst weiter Energieautarkie für Kärnten und Österreich. Es sollen die Energieformen und Technologien verwendet werden, die geeignet und sinnvoll einsetzbar sind. Der technische Nutzen, die soziale und ökologische Verträglichkeit sind hierbei ausschlaggebend. Wir stellen uns ein hybrides Energiesystem dazu vor, welches zu den bestehenden zentralen Energiesystemen lokale und dezentrale Energiebereitstellungen schafft.